

**Carolin Buck**

Planspiel "Festung Europa". Die politische Weiterentwicklung der Flüchtlingssituation in Europa von Mai 2015 bis Juni 2016

**Studienarbeit**

# BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei [www.GRIN.com](http://www.GRIN.com) hochladen  
und kostenlos publizieren



## **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

## **Impressum:**

Copyright © 2016 GRIN Verlag  
ISBN: 9783668399655

## **Dieses Buch bei GRIN:**

<https://www.grin.com/document/353772>

**Carolin Buck**

**Planspiel "Festung Europa". Die politische Weiterentwicklung der Flüchtlingssituation in Europa von Mai 2015 bis Juni 2016**

## **GRIN - Your knowledge has value**

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite [www.grin.com](http://www.grin.com) ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

### **Besuchen Sie uns im Internet:**

<http://www.grin.com/>

<http://www.facebook.com/grincom>

[http://www.twitter.com/grin\\_com](http://www.twitter.com/grin_com)

# AKTUALISIERUNG DES PLANSPIELS „FESTUNG EUROPA“

Entwicklungen der europäischen Asyl- und  
Flüchtlingspolitik im Zeitraum Mai 2015 bis Juni  
2016

Seminar:

Environmental Simulation and Gaming - Planspiele in der  
schulischen Umweltbildung

Autorin: Carolin Buck

SS 16

03. Juli 2016

## Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung.....	2
2.	Flüchtlingssituation in Zahlen und Fakten.....	2
3.	Verschärfung der Flüchtlingskrise seit Sommer 2015.....	4
3.1.	Gründe für erhöhte Flüchtlingszahlen in Europa ab 2015 .....	4
3.1.1.	Syrienkrieg und Militärdienst .....	5
3.1.2.	Hohe Lebenskosten und steigende Armut.....	5
3.1.3.	Unterversorgung in Flüchtlingslagern .....	5
3.1.4.	Fehlende Bildungsmöglichkeiten .....	6
3.1.5.	Die Balkanroute .....	6
3.1.6.	Deutsche Willkommenskultur .....	6
4.	Diskussionspunkte des Planspiels .....	7
4.1.	Verteilungsschlüssel .....	7
4.2.	Verändertes Dublin-Verfahren? .....	8
5.	Weitere Entwicklungen .....	9
5.1.	EU-Türkei-Abkommen .....	9
5.2.	Kontrollen an den Landesgrenzen.....	10
5.3.	Änderungen auf der Balkanroute.....	11
6.	Stillstand oder Erfolge in der Flüchtlingspolitik?.....	12
7.	Fazit .....	13
8.	Literaturverzeichnis.....	14

## 1. Einleitung

Das von der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg veröffentlichte Planspiel *Festung Europa?* stellt die Situation der Flüchtlingspolitik und der Zuströme von Geflüchteten bis Mai 2015 zusammenfassend vor. Es liefert umfassende Daten zur Entwicklung der Migrationsbewegungen und zum Anstieg der Flüchtlingszahlen der letzten Jahre. Außerdem stellt es die einzelnen Positionen der europäischen Länder mit Hinblick auf die Flüchtlingsthematik vor.

In der vorliegenden Arbeit wird der Stand der Flüchtlingspolitik anhand von Zahlen der letzten vier Jahre im zweiten Kapitel zusammenfassend präsentiert, um auf dieser Basis die Entwicklungen der Flüchtlingskrise ab dem Sommer 2015 im dritten Kapitel zu erarbeiten. Darin werden die wichtigsten Gründe für den Anstieg der Flüchtlingszahlen in Europa dargestellt und in Kapitel vier zwei Diskussionspunkte aus dem zugrunde liegenden Planspiel herausgegriffen: die Problematik eines Verteilungsschlüssels und die Veränderungen im bestehenden Dublin-Verfahren. Das darauffolgende Kapitel behandelt weitere Veränderungen, die es seit Mai 2015 in der Flüchtlingspolitik gegeben hat, wie das EU-Türkei-Abkommen, Kontrollen an den Landesgrenzen und die Bewegungen entlang der Balkanrouten. Das vorletzte Kapitel zieht eine vorzeitige Bilanz der vorgestellten Flüchtlingspolitik und das letzte Kapitel beschließt die vorliegende Arbeit mit einem Fazit.

Im Folgenden werden die Entwicklungen der Zahlen von Geflüchteten der vorangegangenen Jahre anhand von Daten des UNHCR dargestellt und bisherige Entwicklungen in der Flüchtlings- und Asylpolitik beschrieben, basierend auf dem Teil „thematische Einführung“ des Planspiels *Festung Europa?*.

## 2. Flüchtlingssituation in Zahlen und Fakten

Seit dem Sturz der diktatorischen Regime in Nordafrika im Jahr 2011, aber auch durch die beständige politische Instabilität vieler Staaten Nordafrikas und dem Nahen Osten stieg die Zahl der Flüchtlinge, welche nach Europa aufbrechen, stark an. Das hatte zur Folge, dass die europäische Flüchtlingspolitik zunehmend in den Mittelpunkt einer politischen und moralisch aufgeladenen öffentlichen Diskussion gerückt ist. Auf der einen Seite prangern verschiedene Positionen in Politik und Bevölkerung die fortschreitende Abschottung der EU gegenüber den Flüchtlingen an, auf der anderen Seite werden Sorge und Skepsis geäußert, ob eine komplette Öffnung der Grenzen überhaupt sinnvoll und inwiefern eine kontrollierte Migration legitim sei.<sup>1</sup>

Das weltweite Ausmaß der Menschenströme lässt sich dank des Berichtes des UNHCR greifbar darstellen: Im Jahr 2013 gab es 51,2 Mio. Menschen, die aufgrund von Verfolgung, Konflikten oder allgemeinen Menschenrechtsverletzungen auf der Flucht waren. 16,7 Mio. betitelt der UNHCR als internationale Flüchtlinge und 33,3 Mio. als Binnenflüchtlinge. Heruntergebrochen mussten 2013 täglich 32.200 Menschen ihr Zuhause verlassen und fliehen, um anderorts Schutz zu suchen. Im Vergleich dazu waren es 2012 noch 23.400 und 2011 sogar nur 14.200 Menschen pro Tag. „Würden diese 51,2 Mio. Menschen eine Nation bilden, es wäre die 26. größte der Welt.“<sup>2</sup> Rund 1,3 Mio. Menschen haben 2013 einen Asylantrag gestellt.

---

<sup>1</sup> Vgl. Landeszentrale für politische Bildung: „*Festung Europa?*“ – *Asyl und Flüchtlingspolitik in der EU*, S. 8

<sup>2</sup> Vgl. UNHCR *Global Trends 2013*, S. 2



Der UNHCR sieht die Hauptursache für den extremen Anstieg der Flüchtlingszahlen seit 2011 im Krieg der arabischen Republik Syrien. Durch die Unruhen und Gefahren für die dortige Bevölkerung stiegen die Flüchtlingszahlen seit 2011 um 45%, denn die Auswirkungen des Krieges sind nicht nur in den unmittelbaren Nachbarländern zu spüren.<sup>3</sup>

Die Verschärfung der Lage an den EU-Außengrenzen verstärkte auch die Diskussion zu diesem Thema in der Bevölkerung und der Politik, worauf die EU-Kommission schließlich im Oktober 2013 mit konkreten Verbesserungsvorschlägen reagierte, wie zum Beispiel die Verstärkung der Seenotrettung, die effektivere Bekämpfung der Schleuserkriminalität oder gar die „Schaffung von mehr legalen Einwanderungsmöglichkeiten“.<sup>4</sup> Kurz darauf folgten konkrete Handlungsschritte, zum Beispiel mit der italienischen Marineoperation „Mare Nostrum“, welche im Oktober 2014 durch die Frontex-Mission „Triton“ abgelöst wurde, und der „Seeaußengrenzenverordnung“, auf welche sich das Europäische Parlament und der Ministerrat einigten. Als Antwort auf die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer im April 2015 veröffentlichte die Europäische Union einen sogenannten 10-Punkte-Plan, mit dem künftig solche Tragödien verhindert werden sollen. Darin werden folgende Themen angesprochen: 1. Mehr Seenothilfe; 2. Vernichtung von Schleuser-Booten; 3. Zusammenarbeit von EUROPOL, FRONTEX, EASO und EUROJUST; 4. EASO-Unterstützung<sup>5</sup> für Italien bei der Bearbeitung von Asylanträgen; 5. Erfassung von Fingerabdrücken; 6. Notfallverteilung von Flüchtlingen; 7. Pilotprojekt zur freiwilligen Aufnahme von Flüchtlingen; 8. Neues Programm zur schnelleren Abschiebung von illegalen Einwanderern; 9. Zusammenarbeit mit Libyen und seinen Nachbarländern; 10. Einsatz von Verbindungsbeamten zur besseren Informationsbeschaffung für Fluchtursachen.<sup>6</sup> Diese Punkte werden allerdings viel diskutiert und von vielen Kritikern für unzureichend erklärt. Jedoch scheint in Europa „Einigkeit darüber zu herrschen, dass die vielfältigen Fluchtursachen [in den einzelnen Herkunftsländern] bekämpft werden müssen, etwa durch entwicklungspolitische Maßnahmen“ zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern.<sup>7</sup>

Nach wie vor fehlt es allerdings an langfristigen Strategien, um einerseits den Geflüchteten eine angemessene Erstaufnahme und Integration in die Aufnahmeländer zu ermöglichen und um andererseits den Menschen vor Ort in den Unruheländern Chancen zu bieten, in ihrem eigenen Land zu bleiben. Die Belastung der Länder, in denen geflüchtete Menschen Schutz finden und eine Zeit lang bleiben können, ist ebenfalls sehr hoch: an den Außengrenzen der EU sowohl finanziell als auch personell (durch fehlendes Personal können nicht alle angekommenen Flüchtlinge korrekt registriert werden); in den Aufnahmeländern finanziell und räumlich (die Verteilung der Flüchtlinge erweist sich als schwierig, da die existierenden Verbindlichkeiten zur Aufnahme von Flüchtlingen zu weiteren Problemen führt).

Weiterhin ist der Zustand der derzeitigen Dublin-Verordnung schwierig. Von vielen Ländern wird beklagt, dass die derzeit aktuelle Dublin III-Verordnung erhebliche Mängel in der Umsetzung aufweist. „[Diese Verordnung] besagt, dass Asylanträge in dem Mitgliedstaat gestellt und bearbeitet werden müssen, in dem der Asylbewerber erstmals in die EU gelangt.“<sup>8</sup> Somit wird jedoch die Flüchtlingsproblematik auf die Grenzstaaten der EU abgewälzt, welche wiederum (aus verschiedenen Gründen) erhebliche Probleme bei der Umsetzung der Verordnung haben.

---

<sup>3</sup> Vgl. UNHCR Mid-Year Trends 2015, S. 4

<sup>4</sup> Vgl. Landeszentrale für politische Bildung: „Festung Europa?“ – Asyl und Flüchtlingspolitik in der EU, S. 8

<sup>5</sup> Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen

<sup>6</sup> In Anlehnung an: tagesschau.de – 10-Punkte-Plan der EU und European Commission – press release

<sup>7</sup> Vgl. Landeszentrale für politische Bildung: „Festung Europa?“ – Asyl und Flüchtlingspolitik in der EU, S. 9

<sup>8</sup> Vgl. Landeszentrale für politische Bildung: „Festung Europa?“ – Asyl und Flüchtlingspolitik in der EU, S. 9

### 3. Verschärfung der Flüchtlingskrise seit Sommer 2015

Seit 2013 stiegen die Flüchtlingszahlen immer weiter an, sodass Ende 2015 ein Rekord erreicht wurde: 65,3 Mio. Menschen wurden weltweit zur Flucht gezwungen, 5,8 % mehr als noch 2014. 21,3 Mio. Menschen waren internationale Flüchtlinge und 40,8 Mio. Menschen Binnenflüchtlinge. Es wurden insgesamt 3,2 Mio. Asylsuchende registriert.<sup>9</sup> Auch in Deutschland wurden so viele Asylanträge gestellt wie noch nie seit Bestehen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). „Im bisherigen Berichtsjahr 2016 [Januar bis April 2016] wurden 240.126 Erstanträge vom Bundesamt entgegen genommen. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres wurden 100.755 Erstanträge gestellt; dies bedeutet einen Anstieg der Antragszahlen um 138,3 % im Vergleich zum Vorjahr.“<sup>10</sup> 34.000 Menschen begaben sich 2015 weltweit pro Tag auf den Weg in die Flucht. Schon 2013 waren fast 50% der Geflüchteten Kinder unter 18 Jahren. Ende 2015 veröffentlichte der UNHCR in seinem Bericht erstmals einen Prozentsatz von 51% an minderjährigen Flüchtlingen. Unter den Geflüchteten nach Europa sind seit Dezember 2015 zum ersten Mal mehr Frauen und Kinder als Männer, berichtet *Spiegel ONLINE* im Februar 2016.<sup>11</sup> Allerdings gebe es große Unterschiede je nach Herkunftsland: die meisten Frauen und Kinder kommen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Es lässt vermuten, dass die Gründe in der schwierigen Lage vor Ort und den menschenunwürdigen Lebensbedingungen in diesen Krisengebieten liegen. Weltweit gesehen kommen über die Hälfte der von UNHCR registrierten Geflüchteten (54%) aus nur drei Ländern: Syrien (4,9 Mio.), Afghanistan (2,7 Mio.) und Somalia (1,1 Mio.).<sup>12</sup>

Von 2013 bis 2015 gab es außerdem eine Veränderung unter den Hauptaufnahmeländern von Flüchtlingen: im Jahr 2013 haben Pakistan (1,6 Mio.), der Iran (857.400) und der Libanon (856.600) die meisten Flüchtlinge weltweit aufgenommen, doch kaum ein Jahr später und auch 2015 landete die Türkei als Hauptaufnahmeland auf Platz eins der „top hosts“ des UNHCR: Türkei (1,56 Mio. (2014), 2,5 Mio. (2015)), Pakistan (1,51 Mio. (2014), 1,61 Mio. (2015)) und Libanon (1,15 Mio. (2014), 1,1 Mio. (2015)).

#### 3.1. Gründe für erhöhte Flüchtlingszahlen in Europa ab 2015

Der enorme Anstieg der Flüchtlingszahlen weltweit und der Geflüchteten in Europa hat vielerlei Gründe. Der UNHCR hat mithilfe von Umfragen, Monitoring und Fokusgruppendifkussionen sieben Hauptfaktoren identifiziert, die die Menschen vermehrt zur Flucht nach Europa zwingen. Diese beziehen sich zwar hauptsächlich auf geflohene Syrer in den angrenzenden Ländern, lassen sich jedoch ebenso ohne Weiteres für viele andere Flüchtlingsgruppen als Ursachen identifizieren.<sup>13</sup> Im Folgenden werden diese Hauptfaktoren zusammengefasst und mit weiteren fluchtverschärfenden Gründen dargestellt. Sie beziehen sich auf die Zeit bis August 2015, bei einigen kann es auch etwas darüber hinausgehen.

---

<sup>9</sup> Vgl. UNHCR Global Trends 2015, S. 2

<sup>10</sup> Vgl. BAMF: *Aktuelle Zahlen zu Asyl* (April 2016), S. 4

<sup>11</sup> Vgl. Spiegel ONLINE: *Ausblick auf Flüchtlingszahlen: Wer 2016 nach Europa kommt* (02.02.2016)

<sup>12</sup> Vgl. UNHCR Global Trends 2015, S. 3

<sup>13</sup> Vgl. UNHCR.de: *Warum Flüchtlinge nach Europa kommen* (25.09.2015)

### 3.1.1. *Syrienkrieg und Militärdienst*

Allen voran steht die allgemeine Hoffnungslosigkeit, die durch den mittlerweile schon fünf Jahre andauernden Krieg in Syrien täglich größer wird. 2015 kam ein Großteil der Flüchtlinge in Europa aus Syrien, sie halten es in ihrem Heimatland nicht mehr aus. Ein weiterer Grund ist die Verstärkung der Einberufungen zum Regierungsmilitär seit Ende 2015 im Land, welche alle Männer unter 30 Jahren betrifft. Dieser Umstand, zusammen mit der gleichzeitigen Vereinfachung der Passvergabe in Syrien und die verhältnismäßig leichte Möglichkeit, durch eine Strafzahlung vom Militärdienst befreit zu werden, ließ die Flüchtlingszahlen enorm in die Höhe schnellen.<sup>14</sup> Die Bundesregierung sieht außerdem einen weiteren Grund in der Bedrohung der Menschen durch die Terroranschläge des Islamischen Staates, aber auch in Sicherheitsproblemen im Irak und Afghanistan.<sup>15</sup>

### 3.1.2. *Hohe Lebenskosten und steigende Armut*

Die Unmöglichkeit, in schlechtesten Lebensbedingungen nicht zu verzweifeln und trotz hoher Lebenshaltungskosten und daraus resultierender Armut eine Familie unterhalten zu können, treibt viele Menschen in die Verzweiflung und in die Flucht. Von den über 40 Mio. Binnenflüchtlingen weltweit machen sich viele Menschen erneut auf den Weg in ein anderes Land, zum Beispiel in Europa, da sie in den angrenzenden Staaten ihres Heimatlandes keine Aussicht auf Arbeit haben, oder nur unregelmäßige Arbeiten bekommen. Sie haben oft ihr Ersparnis schon aufgebraucht und sind mittel- und hilflos gegenüber den hohen Lebenshaltungskosten in Syriens Nachbarländern. Die Auswirkungen des Syrienkrieges sind natürlich auch in den Nachbarländern wie Libanon und Irak zu spüren, weshalb viele dorthin Geflüchtete wiederum nach Europa weiterziehen.<sup>16</sup>

### 3.1.3. *Unterversorgung in Flüchtlingslagern*

Ein weiterer Grund für die steigende Zahl an Geflüchteten sind die zugesagten, aber nicht eingehaltenen Unterstützungszahlungen an verschiedene Hilfsprogramme für Flüchtlinge und Aufnahmegesellschaften. Dies führt zu einer fehlenden Versorgung in Flüchtlingslagern an den südlichen Mittelmeergrenzen (Libanon, Libyen). Der Hilfsplan für 2015 (Syrian Regional Refugee and Resilience, 3RP) wurde zum Beispiel nur zu 41% finanziert. Das hat zu extremen Kürzungen der Lebensmittelrationen und zu menschenunwürdigen Verhältnissen in den ohnehin schon überfüllten Flüchtlingslagern geführt, außerdem zu Kinderarbeit und zu steigender Verschuldung.<sup>17</sup>

---

<sup>14</sup> Vgl. Washington Post.com: *8 reasons Europe's refugee crisis is happening now* (18.09.2015)

<sup>15</sup> Vgl. Bundesregierung.de: *Das EU-Türkei-Abkommen wirkt* (20.05.2016)

<sup>16</sup> Vgl. UNHCR.de: *Warum Flüchtlinge nach Europa kommen* (25.09.2015)

<sup>17</sup> Vgl. Deutschlandfunk.de: *Zugesagtes Geld fehlt* (31.03.2015)

### 3.1.4. *Fehlende Bildungsmöglichkeiten*

Für viele geflüchtete Syrer gibt es in den angrenzenden Ländern kaum Bildungsmöglichkeiten. Besonders in Jordanien, Ägypten, Libanon und dem Irak ist dies ein großes Problem, da Bildung für Syrer ein hohes Gut ist. „Vor dem Krieg war es in Syrien verpflichtend eine kostenfreie Schule zu besuchen.“<sup>18</sup> In den Nachbarländern gibt es entweder zu wenig freie Plätze in den Schulen, oder die Kinder müssen ihre Familie bei der Lebensunterhaltssicherung unterstützen und können es sich deswegen nicht erlauben, in die Schule zu gehen. Aus vielerlei anderen Gründen ist in den Binnenaufnahmeländern Afrikas und des Mittleren Ostens der Zugang für Kinder und Jugendliche zu ausreichender Bildung eingeschränkt, in den meisten Fällen gibt es keinerlei Hoffnung auf eine tertiäre Bildung. Dadurch kann eine ganze Generation an Wissen verloren gehen. Deshalb hoffen viele Familien auf mehr Bildungschancen für ihre Kinder in Europa.

### 3.1.5. *Die Balkanroute*

Bis ins Jahr 2014 hinein hatte die Westbalkanroute kaum Bedeutung in der Flüchtlingskrise, Haupttransitstrecke war die Ostbalkanroute über Bulgarien. Doch mit steigenden Flüchtlingszahlen wurde immer häufiger die Westbalkanroute von der Türkei über Griechenland, Mazedonien, Serbien und Kroatien begangen. Dies hat mehrere Gründe, von denen einige hier genannt werden: Die Verschärfung der Seenotrettungseinsätze im Mittelmeer zwischen Libyen und Italien und die gefährliche Überfahrt in baufälligen Booten ließ immer mehr Menschen auf andere Routen nach Europa ausweichen. Der Weg über die Türkei und Griechenland ist zwar für viele kürzer und der Seeweg weniger gefährlich, doch die Durchquerung des Balkans war lang und schwierig, da Mazedoniens Grenzen geschlossen waren, illegale Wanderung im Land verfolgt und Flüchtlinge ohne Prozess 30 Tage lang unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert wurden.<sup>19</sup> Nach der Aufhebung der strengen Gesetze und durch die Vergabe von 3-Tages-Visa in Mazedonien seit Sommer 2015 wurde die Route über die Türkei und Griechenland durch Mazedonien nach Serbien leichter und sicherer. Außerdem ist sie nun für viele Menschen erschwinglicher geworden, da die Schlepper nur noch einen Betrag zwischen 2.000\$ und 3.000\$ erhalten und nicht mehr 5.000\$ oder 6.000\$. Allerdings gibt es seit Herbst 2015 erneut Änderungen auf der Balkanroute. Diese werden im Kapitel 5.3. bearbeitet.

### 3.1.6. *Deutsche Willkommenskultur*

Seit August 2015 wendet das BAMF in Deutschland das sogenannte Dublin-Verfahren nicht mehr auf syrische Flüchtlinge an. Somit werden Asylverfahren von Syrern, die in einem anderen Land begonnen aber nicht beendet wurden, in Deutschland abgeschlossen.<sup>20</sup> Dieser Umstand erzeugte im Herbst 2015 in den Augen von Kritikern eine regelrechte Sogwirkung und ließ viele gestrandete Flüchtlinge weiter nach Deutschland reisen. Außerdem gibt es unter den Kritikern die Meinung, dass sich durch die öffentliche „Einladung“ von Kanzlerin Angela Merkel an alle ankommende Flüchtlinge, einen kurzzeitigen Aufenthalt bewilligt zu bekommen, nochmals mehr Flüchtlinge auf den Weg nach Deutschland gemacht haben.<sup>21</sup>

---

<sup>18</sup> Vgl. UNHCR.de: *Warum Flüchtlinge nach Europa kommen* (25.09.2015)

<sup>19</sup> Vgl. Voice of America.com: *Macedonia allows migrants to legitimately transit country* (18.09.2015)

<sup>20</sup> Vgl. Spiegel ONLINE: *Dublin-Verfahren ausgesetzt* (25.08.2015)

<sup>21</sup> Vgl. Washington Post.com: *8 reasons Europe's refugee crisis is happening now* (18.09.2015)

## 4. Diskussionspunkte des Planspiels

Wie im Planspiel anschaulich erlebt werden konnte, herrscht in Europa seit einigen Jahren Uneinigkeit über Handlungen und zukünftige Schritte in der Flüchtlingskrise. Bei diesem Thema stößt die europäische Solidarität an ihre Grenzen, viele verschiedene Länder mit verschiedenen kontroversen Positionen und Haltungen handeln teilweise nach eigenem Ermessen. „Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, macht [unter anderem aus diesem Grund] der Europäischen Union, nach dem Scheitern des Innenminister-Treffens zur Verteilung von Flüchtlingen, schwere Vorwürfe. In Europa herrschten ‚Verwirrung und eine chaotische Situation‘. Jeder Staat mache an seinen Grenzen, was er wolle. ‚Die Flüchtlinge sind verwirrt, unsicher, verängstigt und verzweifelt‘, erklärte Guterres nach Gesprächen in Brüssel.“<sup>22</sup> Einige der Diskussionspunkte aus dem Planspiel werden im Folgenden aufgegriffen und mit aktuellen Fakten vervollständigt.

### 4.1. Verteilungsschlüssel

Schon lange beherrscht die Diskussion über die Verteilung der angekommenen Flüchtlinge die Treffen der Europäischen Union und der verschiedenen Länder. Die Uneinigkeit über dieses Thema zeichnet ein Bild von zwei sich scheinbar unversöhnlich gegenüberstehenden Ländergruppen: die eine spricht sich entschieden für eine feste Quotenverteilung der Flüchtlinge auf alle Länder der EU aus, die andere lehnt diese Möglichkeit vehement ab. In der Gruppe der Länder, die sich für eine Quotenregelung zur Verteilung der Flüchtlinge aussprechen, befinden sich zwei unterschiedliche Ländergruppen: „die, in denen die meisten Flüchtlinge zuerst europäischen Boden betreten, und die, in denen die meisten Flüchtlinge leben wollen. So entstand eine ungewöhnliche Allianz: Deutschland, Schweden und Österreich ziehen mit Griechenland, Italien und den Mittelmeerinseln Malta und Zypern an einem Strang.“<sup>23</sup> Den Gegenpol bilden vor allen Dingen Länder Ost- und Südeuropas, die sich nach 2004 der Europäischen Union angeschlossen haben. Zusätzlich lehnen auch Spanien und Portugal die Quote ab.<sup>23</sup> Ungarn sorgt in dieser Gruppe für eine spezielle Situation. Nach der Schließung seiner Grenze zu Serbien im Sommer 2015 und der Grenze zu Kroatien im Oktober desselben Jahres ging die Anzahl der Flüchtlinge, welche nach West- und Nordeuropa weiterreisen wollten, signifikant nach unten. Diese Handlung beurteilen Beobachter häufig als Grund für die Ablehnung der Quotenverteilung von Seiten der osteuropäischen Staaten.

Beim Treffen der Innenminister der EU-Staaten am 21. September 2015 wurde dann jedoch eine Quotenverteilung mehrheitlich beschlossen, mit Überstimmung von Rumänien, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn. Finnland enthielt sich der Stimme, Polen hatte überraschend für den Beschluss gestimmt. „Da sich die Osteuropäer gegen ein ‚Quotendiktat aus Brüssel‘ wehrten, haben die Staaten nun ‚freiwillig‘ zugesagt, so viele Flüchtlinge aufzunehmen, wie die EU-Kommission mit ihrem Verteilschlüssel berechnet hatte. Dennoch ist der Beschluss nun für alle EU-Staaten – also auch für die vier Gegner – bindend.“<sup>24</sup> „Der (...) beschlossene Verteilungsschlüssel beruht auf mehreren Kriterien. Zu jeweils 40 Prozent fallen dabei die Bevölkerungszahl sowie die Wirtschaftsleistung des aufnehmenden Landes in Gewicht. Zu jeweils zehn Prozent tragen die Kriterien Arbeitslosenrate sowie Anzahl der schon aufgenommenen Asylbewerber zur Errechnung

---

<sup>22</sup> Vgl. DW.com: *UNHCR: Europa richtet ein Chaos an* (15.09.2015)

<sup>23</sup> Vgl. Tagesschau.de: *Wer will was in der Flüchtlingskrise?* (20.01.2016)

<sup>24</sup> Vgl. Nzz.ch: *Quotenbeschluss wird zur Zerreissprobe* (22.09.2015)

des Verteilungsmechanismus bei.“<sup>25</sup> „Eine feste Verteilungsquote wird [allerdings von den Gegnerländern der Quote] als Zwangsmaßnahme angesehen.“<sup>26</sup>

Der in Brüssel gefasste Beschluss verärgerte jedoch die slowakische Regierung, weshalb diese schon wenige Tage danach ankündigte, vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Aufnahmequoten für Flüchtlinge zu klagen. Auch von Seiten der anderen überstimmten Länder kamen Äußerungen der Unzufriedenheit, allerdings abgeschwächer und weniger drastisch als von der slowakischen Regierung. Trotz Vorteile Ungarns durch die Quotenregulierung stellte sich die Regierung nach Beschluss-Bekanntmachung gegen die Entscheidung. Unter Viktor Orbán vertritt Ungarns Regierung in der Asylpolitik „eine harsche These: Die Flüchtlingskrise lösen könne Europa ohnehin nicht. Stattdessen sollten sich die Mitgliedsstaaten darauf fokussieren, die EU-Regularien weiter zu erfüllen. Das heißt laut dem ungarischen Außenminister: der Erhalt von Schengen geht vor, und dafür habe man in Budapest gesorgt.“ Auch Deutschland profitiere von dem neuerbauten Grenzzaun und der harten Asylpolitik Ungarns, denn dadurch kämen kaum noch irreguläre Migranten ins Land.<sup>27</sup>

#### 4.2. Verändertes Dublin-Verfahren?

Im April 2016 legte die EU-Kommission neue Vorschläge für eine Reform des aktuell bestehenden Dublin-III-Verfahrens vor. Schon im Sommer des letzten Jahres wurden durch die hohen Flüchtlingszahlen Mängel in der Umsetzung des Dublin-III-Verfahrens ersichtlich. Dies kritisierte unter anderem auch die Organisation Human Rights Watch in einem Tagesschau-Beitrag<sup>28</sup> und einem selbstveröffentlichten Bericht<sup>29</sup>. Durch die immer schwieriger gewordene Anwendung des Dublin-III-Verfahrens konnte eine große Anzahl an Flüchtlingen ohne Registrierung und unkontrolliert von den Grenzstaaten in andere Länder weiterreisen und dort ihren Erstaufnahmeantrag stellen, was die dortigen Behörden wiederum vor neue Herausforderungen stellte.

Die veröffentlichten Reformvorschläge für das Dublin-III-Verfahren stellen unter anderem zwei Varianten vor: „Die erste Variante [beinhaltet] eine Ergänzung der Zuständigkeitsregelung um einen „Fairness-Mechanismus“, der als Korrektiv dienen soll. Im Falle der Überlastung eines Mitgliedstaats soll ein Notverteilungsmechanismus greifen, um den betroffenen Staat zu entlasten. Die Kommission erhofft sich von dieser Version, den Druck auf die Staaten an den Außengrenzen aufrecht zu erhalten, ihre Grenzen gegen Schutzsuchende abzuschotten. Die zweite Variante, die das Papier vorschlägt, bestünde in einem permanenten europäischen Verteilschlüssel.“<sup>30</sup> Am 4. Mai 2016 hat die EU-Kommission nun einen Entwurf für eine neue Dublin-IV-Verordnung vorgelegt. Diese wird jedoch von vielen Flüchtlingsorganisationen, wie PRO ASYL, scharf kritisiert. Inhalt des veröffentlichten Entwurfes ist zum einen der Wegfall des Zuständigkeitswechsels durch den Ablauf der im Dublin-Verfahren vorgesehenen Fristen. „Wenn diese Regelung abgeschafft wird, können Flüchtlinge künftig auch noch nach Jahren abgeschoben werden – humanitäre Spielräume bestehen nicht mehr.“<sup>31</sup>, heißt es in einer Reaktion von PRO ASYL. Zum anderen soll die sogenannte Selbsteintritts-Klausel auf die Anwendung auf familiäre Konstellationen beschränkt werden. Die Ausübung dieser Klausel lag bis jetzt im Ermessen des jeweiligen Staates, in Deutschland wurde es zum Beispiel vor allen Dingen auf

---

<sup>25</sup>Vgl. FAZ.de: *Aufruhr gegen die Quote* (23.09.2015)

<sup>26</sup>Vgl. Tagesschau.de: *Wer will was in der Flüchtlingskrise?* (20.01.2016)

<sup>27</sup>Vgl. EurActiv.de: *Verteilquote für Flüchtlinge widerspricht gesundem Menschenverstand* (5.04.2016)

<sup>28</sup>Vgl. Tagesschau.de: *mittags-magazin* vom 06.04.2016

<sup>29</sup>Vgl. Hrw.org: *EU: Fünf Schritte aus der Flüchtlingskrise* (09.09.2015)

<sup>30</sup>Vgl. Proasyl.de: *Neue Blaupausen aus Brüssel: Erste Einschätzungen von PROASYL* (07.04.2016)

<sup>31</sup>Vgl. Proasyl.de: *Geplante Reform des Dublin-Systems: Verschärfungen stellen Flüchtlinge schutzlos* (23.06.2016)

besonders schutzbedürftige Gruppen wie unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge (UMF) angewendet. Durch einen Wegfall bzw. eine Einschränkung des Selbsteintrittsrechts wird dies nicht mehr möglich sein.<sup>32</sup> Des Weiteren sieht der Entwurf der EU-Kommission vor, „dass vor jeder Zuständigkeitsprüfung zunächst ein Zulässigkeitsverfahren durchgeführt werden soll, in dem festgestellt [wird], ob ein Asylsuchender nicht in einen ‚sicheren Drittstaat‘ oder ‚ersten Asylstaat‘ abgeschoben werden kann.“<sup>32</sup> Durch diese Drittstaatenregelung wird das Recht auf Familienzusammenführung ausgehebelt. Der vierte Veränderungsvorschlag sieht vor, dass UMFs künftig auch abgeschoben werden können, was bisher noch nicht möglich war. Somit kann ein Staat einen UMF in den EU-Staat abschieben, in dem er erstmals einen Antrag gestellt hat. PRO ASYL kritisiert diesen Punkt sehr deutlich, denn „Abschiebungen von unbegleiteten Minderjährigen ist mit dem Kindeswohl nicht vereinbar.“<sup>32</sup> Den vorgelegten Entwurf der EU-Kommission beurteilt PRO ASYL als eine Verschärfung der Dublin-Verordnung, welche den Flüchtlingen jeglichen Schutz entziehe. „Die EU würde eine äußerst hohe Zahl an irregulären Flüchtlingen produzieren, die in der EU ohne Schutzstatus umherirren ([sogenannte] Refugees in orbit).“<sup>32</sup>

## 5. Weitere Entwicklungen

Außer den behandelten Themen, die auch schon beim Planspiel Inhalt von Diskussionen waren, gab es in der europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik auch noch in anderen Bereichen Bewegung. Im Folgenden werden die drei Themen vorgestellt, über die in den einschlägigen Medien am meisten berichtet wurde und die auch in den einzelnen Ländern zu unterschiedlichen Reaktionen in der Politik, der Bevölkerung und von verschiedenen Menschenrechtsorganisationen geführt haben.

### 5.1. EU-Türkei-Abkommen

Seit März dieses Jahres besteht ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei im Hinblick auf einen Tauschhandel von Flüchtlingen. Bei diesem Abkommen verpflichtet sich die Türkei, „alle Flüchtlinge und Migranten zurückzunehmen, die nach dem 20. März auf die griechischen Inseln kommen. Konkret beginnen soll die Rückführung nach den Worten von Kanzlerin Angela Merkel am 4. April. (...) Zurückgeschickt werden Menschen, die nicht in Griechenland um Asyl bitten, deren Antrag unbegründet oder nicht zulässig ist.“ Der Tauschhandel beinhaltet die Tatsache, dass „für jeden Syrer, der nach dem Stichtag aus der Türkei nach Griechenland kommt und dann von der Türkei zurückgenommen wird, (...) ein anderer Syrer von der EU direkt aus der Türkei aufgenommen werden [soll]. Die Flüchtlinge sollen dann unter den Mitgliedsstaaten aufgeteilt werden.“ Diese Regelung soll jedoch vorerst nur für 72.000 Syrer gelten.<sup>33</sup> Als Ziel dieses Rückführungsabkommens erhofft sich die EU, die selbstständige und illegale Einreise für Bürgerkriegsflüchtlinge unattraktiv zu machen, denn jeder, der zurückgeschickt wird, verwirkt seine Chance auf eine legale Migration in die EU.

Für die Einhaltung des Abkommens bietet die EU der Türkei unter anderem eine Beschleunigung in der geplanten Lockerung von Visabestimmungen für Türken in der EU. Ziel ist es, den Visazwang bis Ende Juni 2016 vollends aufzuheben. Des Weiteren soll noch „bis zur Jahreshälfte ein weiteres Kapitel in den EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei geöffnet werden. Insgesamt müssen 35

---

<sup>32</sup> Vgl. Proasyl.de: *Geplante Reform des Dublin-Systems: Verschärfungen stellen Flüchtlinge schutzlos* (23.06.2016)

<sup>33</sup> Vgl. Tagesschau.de: *Was EU und Türkei beschlossen haben* (18.03.2016)



Kapitel zu verschiedenen Politikfeldern ausgehandelt werden, ehe die Türkei der EU beitreten könnte. Abgeschlossen ist bisher nur ein einziges.<sup>33</sup> Das letzte Entgegenkommen der EU zur Durchführung des genannten Tauschhandels besteht in der zügigen Auszahlung der vereinbarten drei Milliarden Euro für die Versorgung syrischer Flüchtlinge, sowie einer Summe von weiteren drei Milliarden Euro als Anschlussfinanzierung 2018, die der Türkei in Aussicht gestellt wird. „Das Geld soll nur für konkrete Flüchtlingsprojekte in der Türkei verwendet werden.“<sup>33</sup>

Die Bundesregierung lobt in einem eigens veröffentlichten Artikel die Wirkung des Abkommens und präsentiert Zahlen, welche die Auswirkungen des Abkommens belegen. In dem Bericht heißt es, dass „eine erste deutliche Verringerung des Zustroms über die Ägäis (...) ab November/Dezember 2015 [eingesetzt hat]. Mit der Einigung der EU (...) auf eine gemeinsame flüchtlingspolitische Agenda (...) begann die Türkei, schrittweise die illegale Migration einzudämmen und Maßnahmen zur Besserung der Lebensverhältnisse von Flüchtlingen in der Türkei umzusetzen.“<sup>34</sup> Allerdings äußerte der UNHCR schon vor Inkrafttreten des EU-Türkei-Abkommens Kritik an diesem Abkommen, denn dadurch würden Flüchtlinge gegen ihren Willen im Lager festgehalten und somit ihrer Freiheit beraubt werden. Auch der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte der Flüchtlinge, François Crépeau, teilte nach Besuchen von Haftstätten und Flüchtlingslagern in Griechenland seine Missbilligung mit. Er kritisierte, ebenso wie der UNHCR, die Freiheitsberaubung der Flüchtlinge, allen voran von UMFs, die sich ebenfalls in den Lagern aufhielten. Seiner Meinung nach sei das Abkommen „rechtlich fragwürdig“. Gleichzeitig warf er der EU „einen ‚Mangel an Vision‘ bei ihrer Reaktion auf die Flüchtlingskrise vor. ‚Es gibt keine langfristige Migrationspolitik, die auf Menschenrechten basiert‘ (...). Die EU müsse ‚auf die Krise mit vorbereiteten Werkzeugen reagieren und nicht versuchen, sie jedes Mal zu erfinden, wenn eine Krise passiert‘.“<sup>35</sup>

## 5.2. Kontrollen an den Landesgrenzen

Eine weitere Veränderung seit Veröffentlichung des Planspiels mit Stand Mai 2015 hat sich in der Situation der Staatsgrenzen getan. Nachdem sich die Behörden in Deutschland mit der unerwartet großen Zahl an Geflüchteten überfordert sahen, verkündete Bundesinnenminister Thomas de Maizière Mitte September 2015 die Wiedereinführung von Grenzkontrollen an der Grenze zu Österreich. Dies sei notwendig, da sich immer häufiger Menschen unter die Flüchtlingsgruppen mischten, die „keine wirklichen Flüchtlinge“ seien. Es habe sich herumgesprochen, dass es vorteilhaft und erfolgsversprechender wäre, sich als Syrer auszugeben. Die wiedereingeführten Grenzkontrollen dienen zur Sicherheit Deutschlands und zur Vermeidung von Chaos.<sup>36</sup> Auch in Österreich wurden Polizisten an die Grenzen zu Ungarn beordert, um dort verstärkt Kontrollen durchzuführen. Die Slowakei hat sich nach eigenen Angaben aufgrund von Deutschlands vorübergehender Einführung der Grenzkontrollen ebenfalls zu diesem Schritt entschlossen, Ungarn schloss parallel dazu seine Hauptgrenze zu Serbien.<sup>37</sup>

Die Wiedereinführung der Grenzkontrollen im Schengen-Raum sorgte für viel Kritik und Unverständnis sowie Missfallen von Seiten der Bürger, da es seitdem zu erheblichen Verzögerung und Staus an den Grenzübergängen kommt.

---

<sup>34</sup> Vgl. Bundesregierung.de: *Das EU-Türkei-Abkommen wirkt* (20.05.2016)

<sup>35</sup> Vgl. ZEIT ONLINE: *UN kritisieren Situation der Flüchtlinge in Griechenland* (17.05.2016)

<sup>36</sup> Vgl. Spiegel ONLINE: *Wo Europa seine Grenzen schließt* (14.09.2015)

<sup>37</sup> Vgl. Tagesspiegel.de: *Europa schließt die Grenzen – und verschiebt eine Quote* (15.09.2015)



### 5.3. Änderungen auf der Balkanroute

Die Kettenreaktion, die die verstärkten Grenzkontrollen in Deutschland, Österreich und der Slowakei mit sich brachte, führte nach und nach zu einer Schließung der sogenannten Balkanroute. Seit dem 09. März 2016 ist die Flüchtlingsroute von der Türkei Richtung Nordwesteuropa so gut wie dicht, Slowenien lässt keine Flüchtlinge mehr ins Land. Kroatien, Mazedonien und Serbien kündigten an, ebenso zu verfahren. Nachdem es beim EU-Gipfel in Brüssel Anfang März zu keiner Einigung bei der Formulierung zum Stand der Balkanroute gekommen ist, haben die Balkanstaaten selbstständig reagiert und den Schutz ihrer Länder einer Formulierungs-Odyssee vorgezogen. Seitdem darf nur noch einreisen, wer ein gültiges Visum vorweisen kann „oder in Slowenien direkt Asyl beantragt“.<sup>38</sup> Sloweniens Innenminister Miro Cerar wies darauf hin, dass es „zwingend nötig [ist], die Schengenregeln wieder voll anzuwenden“, weswegen sie die Balkanroute für die illegale Migration unpassierbar gemacht haben.<sup>38</sup> In Ungarn wurde wegen der Schließung der Balkanroute der Krisenzustand ausgerufen, wodurch Polizei und Militär mehr Rechte zugesprochen werden. Vonseiten der Kanzlerin Angela Merkel gab es scharfe Kritik zu den eigenständigen Entscheidungen der Balkanländer. "Wir können es uns nicht in 27 Ländern nett machen und ein Land alleine mit dem Problem lassen", sagte die Kanzlerin mit Blick auf Griechenland. Weiter sagte sie, dass das Problem nicht gelöst werde, „indem einer eine Entscheidung trifft.“ Vielmehr müsse eine Einigung gefunden werden, die allen 28 EU-Ländern helfe.<sup>39</sup> Von österreichischer Seite wurde die Schließung der Balkanroute jedoch befürwortet. „Der österreichische Außenminister Sebastian Kurz begrüßte im ORF die de-facto-Schließung der Balkanroute. Darauf habe Österreich seit Wochen hingearbeitet. ‚Es ist nur ein stringentes Fortsetzen dessen, was richtig ist, nämlich das Ende des Weiterwinkens‘. Das habe im letzten Jahr mehr und mehr Flüchtlinge angezogen, sagte Kurz. ‚Und das war das falsche Konzept‘. Gleichzeitig warnte er vor einer Aufhebung der Schließung, denn daraus könnten sich falsche Signale für noch zögernde Flüchtlinge ergeben. Seiner Meinung nach sind das eigentliche Ziel der Menschen Österreich oder Deutschland, was bei einer Erneuten Öffnung der Route dazu führt, dass sich die Menschen erneut auf den Weg machen, um Griechenland oder die Türkei zu verlassen. Dadurch steigt der Zustrom von Flüchtlingen wieder und das könne nicht das Ziel in Europa sein, so Kurz.“<sup>40</sup>

Durch die Schließung der aktuellen Balkanroute könnte es jedoch dazu kommen, dass Schlepper und Flüchtlinge neue Routen nach Westeuropa finden, wie zum Beispiel über Albanien oder Bulgarien. Damit die ursprünglichen Länder der Balkanroute nicht doch noch Transitland für Flüchtlinge werden, hat Ungarn auf eine mögliche Verschiebung der Route mit der Ankündigung des Baus eines Grenzzaunes an der Grenze zu Rumänien reagiert. Ähnliches soll Richtung Serbien und Kroatien realisiert werden. Auch Albanien und Bulgarien sehen eine drohende Flüchtlingswelle auf sich zukommen. Schon nach Schließung der früheren Route wurde in beiden Ländern die Grenzüberwachung verstärkt und in Bulgarien die Grenze zur Türkei mit Stacheldraht gesichert.<sup>41</sup> Zwei Wochen nach Schließung der Balkanroute warnt der bulgarische Verteidigungsminister Nikolaj Nentschew davor, dass sein Land Hauptdurchgangszone einer neuen Ostbalkanroute werden könnte. „Es besteht die große Wahrscheinlichkeit, dass sich ein Teil der Migrant\*innen künftig auf die bulgarischen Grenzen konzentriert. Noch ist es nicht soweit. Wir beobachten die jeweiligen Grenzregionen, wir sind vorbereitet. Die Armee beteiligt sich mit Landstreitkräften und der

---

<sup>38</sup> Vgl. Tagesschau.de: *Balkanroute faktisch dicht* (09.03.2016)

<sup>39</sup> Vgl. Tagesschau.de: *Österreich pocht auf eine Abschottung Europas* (10.03.2016)

<sup>40</sup> Vgl. Tagesschau.de: *Balkanroute faktisch dicht* (09.03.2016)

<sup>41</sup> Vgl. FAZ.net: *Die neuen Wege der Flüchtlinge* (08.03.2016)

Luftwaffe. Die bulgarischen Soldaten, die sich an der Grenzüberwachung beteiligen, sind auch bewaffnet.“ Die Situation Bulgariens sei jedoch paradox, denn sie „schützen die Grenzen nach den Schengen-Regeln, wie es Europa (...) verlangt, sind aber nicht Mitglied der Schengenzone.“<sup>42</sup>

## 6. Stillstand oder Erfolge in der Flüchtlingspolitik?

In einem zusammenfassenden Artikel schilderte *Spiegel ONLINE* im Mai 2016 die derzeitigen Fort- bzw. Rückschritte in der europäischen Flüchtlingspolitik. Die Bilanz war ernüchternd: „In der Flüchtlings- und Visapolitik der EU geht es zurzeit bestenfalls schleppend voran (...). Die Europäer haben bei ihren Bemühungen zum Grenzschutz und zur Verteilung von Flüchtlingen kaum Erfolge, und auch bei der Umsetzung des Pakts mit der Türkei hakt es. Der einzig konkrete Beschluss des Treffens war deshalb auch nicht eine Beschleunigung, sondern eine Notbremse: Es ging um den Mechanismus zur Aussetzung der Visafreiheit für Staaten, die sich nicht mehr an die EU-Regeln halten.“<sup>43</sup> Allen voran stünde die Türkei als eines der Länder, die sich nicht an getroffene Abmachungen hielten. Beispielsweise verteilte die Türkei mittlerweile Touristen-Visa an irakische Flüchtlinge. In einem Bericht von Juni 2016 schrieb *Die Welt*, dass sich die deutschen Behörden darüber zunehmend besorgt zeigten, denn es bestünde die Möglichkeit, dass viele Iraker diese Touristen-Visa als Fluchtmöglichkeit „nach Europa missbrauchen könnten. Dadurch entsteht die Sorge um ein neues Flüchtlingsproblem“.<sup>44</sup> Weiterhin verhindere die Türkei trotz des vereinbarten EU-Türkei-Abkommens zum Austausch syrischer Flüchtlinge seit einigen Wochen die Ausreise von syrischen Flüchtlingen, die schon eine Einreiseerlaubnis nach Deutschland erhalten haben. Gründe gab das Land keine an. Auch dies berichtete die Zeitung *Die Welt* im Juni. Mit dieser Handlung boykottiert die Türkei den umstrittenen Flüchtlingspakt, der mit der EU im März geschlossen wurde.<sup>45</sup>

In einem anderen Artikel berichtete *Die Welt* über neue Milliarden-Investitionen, mit deren Hilfe die EU bzw. die Europäische Investitionsbank Projekte außerhalb Europas fördern wolle, um in den kommenden fünf Jahren vor allen Dingen die Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen. Dadurch erhofft sich die EU, den Zustrom an Geflüchteten bremsen zu können. „Das Geld soll (...) vor allem Investitionen in Jordanien, Libanon, Ägypten und den Maghreb-Staaten zugutekommen“, sowie Westbalkanländern wie Serbien und Albanien, so der Artikel. Es ginge zum Beispiel um die Finanzierung des Baus von Schulen, um Verbesserungen im Gesundheitssystem und besseren Möglichkeiten für Zugang zu sauberem Wasser.<sup>46</sup>

Die Erfolge in der aktuellen Flüchtlingspolitik sind rar gesät, Rückschläge und Stillstände werden immer häufiger. Die Gründe hierfür sind vielfältig und komplex, doch das zunehmend autokratische Verhalten der Länder der Balkanrouten ist einer davon, die langsame und schleppende Umsetzung von Beschlüssen ein anderer.

---

<sup>42</sup> Vgl. Deutschlandradiokultur.de: *Bulgarien als neues Hauptdurchgangsland?* (17.03.2016)

<sup>43</sup> Vgl. Spiegel ONLINE: *Der große Stillstand?* (20.05.2016)

<sup>44</sup> Vgl. Welt.de: *Türkei verteilt Touristen-Visa an irakische Flüchtlinge* (22.06.2016)

<sup>45</sup> Vgl. Welt.de: *Wie die Türkei das Flüchtlingsabkommen boykottiert* (21.06.2016)

<sup>46</sup> Vgl. Welt.de: *EU will Migration mit Milliarden-Investitionen bremsen* (22.06.2016)

## 7. Fazit

Die europäische Flüchtlings- und Asylpolitik hat im letzten Jahr viele Höhepunkte und Niederlagen erlitten, sah sich vor ungeahnte Herausforderungen gestellt und musste scheinbar unlösbare Probleme angehen. Die Einheit Europas stand und steht immer noch auf dem Spiel, die einzelnen Positionen der betroffenen Länder sind gleichwertig wichtig und bedürfen einer einfühlsamen Prüfung und Rücksichtnahme. Dennoch scheint die größte Herausforderung derzeit darin zu bestehen, trotz eigenmächtiger Handlungen einiger Staaten und Lösungsfindungsversuchen anderer, das gemeinsame Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, welches in der Bewältigung der derzeitigen Flüchtlingskrise zur Zufriedenheit vieler Beteiligten liegt. Dieses Ziel erfordert viel Kompromissbereitschaft und verlangt dennoch, die Verhandlungsobjekte nach wie vor als Menschen zu sehen. Die ansteigenden Zahlen von Geflüchteten zwingen Europa dazu, sich über die Konsequenzen eines jeden Handels bewusst zu werden, denn von jeder Aktion, jedem Beschluss und jeder Abschottung sind Menschen betroffen, deren Schicksal sie bis nach Europa gebracht haben. Die vielen Veränderungen in den Beschlüssen, Öffnung und Schließung von Fluchtrouten und Ratlosigkeit angesichts neu aufgekommener Probleme zeigen außerdem die Angst vor dem Ungewissen und das Bedürfnis nach Schutz der eigenen Werte und Kultur. Es gilt jedoch, diese Ängste abzubauen und neue Möglichkeiten der Integration und des Miteinanders zu finden. Daran müssen die Politik und die Bevölkerung eines jeden Landes gemeinsam arbeiten.

## 8. Literaturverzeichnis

Landeszentrale für politische Bildung (2015), „Festung Europa?“ – Asyl und Flüchtlingspolitik in der EU, LpB

**Internetquellen:** (alle Zugriffe das letzte Mal am 03.07.2016 getätigt)

Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge (BAMF, bamf.de) (2016), Aktuelle Zahlen zu Asyl: <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-april-2016.html?nn=1363214>

Bundesregierung.de: Das EU-Türkei-Abkommen wirkt: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/05/2016-05-20-eu-tuerkei-abkommen-zahlen.html>

Deutschlandfunk (deutschlandfunk.de): Zugesagtes Geld fehlt: [http://www.deutschlandfunk.de/geberkonferenz-syrien-zugesagtes-geld-fehlt.1773.de.html?dram:article\\_id=315773](http://www.deutschlandfunk.de/geberkonferenz-syrien-zugesagtes-geld-fehlt.1773.de.html?dram:article_id=315773)

Deutschlandradiokultur (deutschlandradiokultur.de): Bulgarien als neues Hauptdurchgangsland? [http://www.deutschlandradiokultur.de/ostbalkanroute-bulgarien-als-neues-hauptdurchgangsland.2165.de.html?dram:article\\_id=348588](http://www.deutschlandradiokultur.de/ostbalkanroute-bulgarien-als-neues-hauptdurchgangsland.2165.de.html?dram:article_id=348588)

Deutsche Welle (dw.com): UNHCR: Europa richtet ein Chaos an: <http://www.dw.com/de/unhcr-europa-richtet-ein-chaos-an/a-18715898>

EurActiv.de: Verteilung für Flüchtlingen widerspricht gesundem Menschenverstand: <http://www.euractiv.de/section/eu-innenpolitik/news/ungarn-verteilungsquote-fuer-fluechtlinge-widerspricht-gesundem-menschenverstand/>

European Commission (europa.eu): press release: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-15-4813\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4813_en.htm)

Frankfurter Allgemeine Zeitung (faz.net):

- Aufruhr gegen die Quote: <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/fluechtlingskrise-aufruhr-gegen-die-quote-13819894.html>
- Die neuen Wege der Flüchtlinge <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/die-neuen-wege-der-fluechtlinge-nach-schliessung-der-balkanroute-14111314.html>

Human Rights Watch (hrw.org): Fünf Schritte aus der Flüchtlingskrise: <https://www.hrw.org/de/news/2015/09/09/eu-fuenf-schritte-aus-der-fluechtlingskrise>

Neue Zürcher Zeitung (nzz.ch): Quotenbeschluss wird zur Zerreissprobe: <http://www.nzz.ch/international/fluechtlingskrise/quotenbeschluss-sorgt-fuer-zerwuerfnis-1.18617591>

PRO ASYL (proasyl.de):

- Geplante Reform des Dublin-Systems: Verschärfungen stellen Flüchtlinge schutzlos: <https://www.proasyl.de/news/geplante-reform-des-dublin-systems-verschaerfungen-stellen-fluechtlinge-schutzlos/>
- Neue Blaupausen aus Brüssel: Erste Einschätzungen von PRO ASYL: <https://www.proasyl.de/news/neue-blaupausen-aus-bruessel-erste-einschaetzungen-von-pro-asyll/>

Spiegel ONLINE (spiegel.de):

- Ausblick auf Flüchtlingszahlen: Wer 2016 nach Europa kommt: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-2016-koennte-rekordjahr-2015-uebertreffen-a-1075076.html>
- Dublin-Verfahren ausgesetzt: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/syrien-fluechtlinge-deutschland-setzt-dublin-verfahren-aus-a-1049639.html>
- Wo Europa seine Grenzen schließt: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/grenzkontrollen-in-europa-im-ueberblick-a-1052832.html>
- Der große Stillstand?: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-und-eu-tuerkei-deal-der-grosse-stillstand-a-1093391.html>

Tagesschau (tagesschau.de):

- 10-Punkte-Plan der EU: <http://www.tagesschau.de/ausland/eu-fluechtlinge-10-punkte-plan-101.html>
- Wer will was in der Flüchtlingskrise?: [http://www.tagesschau.de/inland/fluechtlinge-europa-113~\\_origin-81227f6a-a7f7-4268-a446-722d4a02f710.html](http://www.tagesschau.de/inland/fluechtlinge-europa-113~_origin-81227f6a-a7f7-4268-a446-722d4a02f710.html)
- Was EU und Türkei beschlossen haben: <https://www.tagesschau.de/ausland/eu-tuerkei-abkommen-101.html>
- Mittags-magazin vom 06.04.2016: <http://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/mittagsmagazin/videos/das-dublin-system-102.html>
- Balkanroute faktisch dicht: <https://www.tagesschau.de/ausland/balkanroute-geschlossen-101.html>
- Österreich pocht auf eine Abschottung Europas: <https://www.tagesschau.de/ausland/balkanroute-griechenland-103.html>

Tagesspiegel (tagesspiegel.de): Europa schließt die Grenzen – und verschiebt eine Quote:

<http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlingpolitik-europa-schliesst-die-grenzen-und-verschiebt-eine-quote/12320088.html>

UNHCR.de:

- Global Trends 2013, <http://www.unhcr.org/statistics/country/5399a14f9/unhcr-global-trends-2013.html>
- Global Trends 2014, <http://www.unhcr.org/en-us/statistics/country/556725e69/unhcr-global-trends-2014.html>
- Mid-Year Trends 2015, <http://www.unhcr.org/statistics/unhcrstats/56701b969/mid-year-trends-june-2015.html>
- Global Trends 2015, <http://www.unhcr.org/statistics/country/576408cd7/unhcr-global-trends-2015.html>
- Warum Flüchtlinge nach Europa kommen: <http://www.unhcr.de/home/artikel/be170c36ad381019e5f0f71941cd9543/warum-fluechtlinge-nach-europa-kommen.html>

Voice of America (voanews.com): Macedonia allows migrants to legitimately transit country:

<http://www.voanews.com/content/macedonia-migrants-asylum-law/2828577.html>

Washington Post (washingtonpost.com): 8 reasons Europe's refugee crisis is happening now: :

<https://www.washingtonpost.com/news/worldviews/wp/2015/09/18/8-reasons-why-europes-refugee-crisis-is-happening-now/>

Die Welt (welt.de):

- Türkei verteilt Touristen-Visa an irakische Flüchtlinge:  
<http://www.welt.de/politik/ausland/article156442140/Tuerkei-verteilt-Touristen-Visa-an-irakische-Fluechtlinge.html>
- EU will Migration mit Milliarden-Investitionen bremsen:  
<http://www.welt.de/politik/ausland/article156438414/EU-will-Migration-mit-Milliarden-Investitionen-bremsen.html>
- Wie die Türkei das Flüchtlingsabkommen boykottiert:  
<http://www.welt.de/politik/ausland/article156393153/Wie-die-Tuerkei-das-Fluechtlingsabkommen-boykottiert.html>

ZEIT ONLINE (zeit.de): UN kritisieren Situation der Flüchtlinge in Griechenland:

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-05/eu-tuerkei-abkommen-griechenland-fluechtlinge-un-kritik>

# BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei [www.GRIN.com](http://www.GRIN.com) hochladen  
und kostenlos publizieren

